

*Es gilt das
gesprochene Wort*

**Grußwort der Staatsministerin für Arbeit und
Soziales Familie und Integration, Emilia Müller,
beim Parlamentarischen Abend zur „EU-
Sozialpolitik: Erwartungen an die neue
Legislaturperiode“ am 22.9.2014 in der
Bayerischen Vertretung in Brüssel**

Sehr geehrter Herr Brossardt,
sehr geehrte Kollegen aus dem Europäischen
Parlament, [Kerstin Westphal; Thomas Mann]
sehr geehrte Frau Fransen [Direktorin, GD Beschäftigung,
Belgierin],
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute Abend zur
Diskussion über die aktuellen Herausforderungen
des sozialen Europas begrüßen zu dürfen.

Wenn wir in diesen Tagen in die Ukraine blicken,
dann wissen wir: Ein **Leben in sozialer
Sicherheit, Frieden und Freiheit** ist auch in
Europa noch immer keine Selbstverständlichkeit.

Umso mehr können wir daher mit Stolz auf die
Errungenschaften der Europäischen Union
schauen. Sie ist mehr als ein Binnenmarkt. Sie ist
eine **Wertegemeinschaft. Dies wirkt sich auch
auf die Wirtschaft aus:**

Europa: Sinnbild für
Frieden, Freiheit und
Rechtstaatlichkeit

**Leitbild der sozialen
Marktwirtschaft**

Im EU-Vertrag bekennt sie sich zum Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. **Marktwirtschaft ohne soziale Sicherheit** entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer menschenwürdigen Gesellschaft. **Europa definiert** sich heute gerade auch **durch soziale Werte**. Auch in der Charta der Grundrechte werden ausdrücklich **soziale Rechte** formuliert.

Sozialstaatlichkeit und Solidarität prägen unsere Gesellschaften. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, das uns Europäer auszeichnet und von anderen Staatengemeinschaften unterscheidet.

Anrede,

**Soziale Folgen der Krise
bewältigen**

die **Finanzkrise** hat sich in vielen Teilen Europas leider auch zu einer **sozialen Krise entwickelt** und zu **hoher Arbeitslosigkeit** und **steigender Armut** geführt.

Aktuell muss es in Europa darum gehen, wie wir die **sozialen Folgen der Krise schnell und nachhaltig bewältigen** können. Die Europäische Union hat hierfür bereits die richtigen Weichen gestellt:

Europa 2020-Strategie

Vor vier Jahren [im Juni 2010] haben die Staats- und Regierungschefs die **Europa 2020-Strategie** beschlossen. Sie haben damit die **soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion** definiert und unterstrichen. Ihr Ziel ist ein **wirtschaftlich starkes Europa**. **Wachstum** soll dabei **allen zugutekommen** und **niemanden ausgrenzen**.

Subsidiaritätsprinzip

Gleiche Ziele zu verfolgen, bedeutet aber **nicht noch mehr Kompetenzen auf die Europäische Union** zu übertragen. Gerade im Bereich der Sozialpolitik hat das **Subsidiaritätsprinzip** besondere Bedeutung: Die **Menschen vertrauen** in erster Linie **ihrem Sozialstaat**. Wir müssen daher **Verunsicherung darüber vermeiden**, wer und auf welchem Niveau künftig für die Absicherung der sozialen Lebensrisiken zuständig ist, – und auf welchem Niveau.

Auch können notwendige Strukturreformen **passgenau nur durch die einzelnen Länder** selbst durchgeführt werden. So muss beispielsweise **jeder Mitgliedsstaat selbst** die Strukturreformen durchführen, die Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Armutsbekämpfung

Zum Beispiel Armut: Die Europäische Union hat mit der Europa-2020 Strategie ein ambitioniertes **Ziel zur Armutsbekämpfung** gesetzt: Bis zum Jahr 2020 sollen europaweit **20 Millionen Menschen aus der Armut** geholt werden. Auch wir in **Bayern** bekennen uns **zur Europa-2020 Strategie**. Wir dürfen uns mit bitterer Armut in Teilen Europas nicht einfach abfinden. Armut darf insbesondere kein Grund dafür sein, dass Menschen ihre Heimatländer verlassen müssen.

Die Bekämpfung von **Armut** und damit verbundener **sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung** ist dabei jedoch primär Aufgabe der betroffenen Mitgliedstaaten. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit der EU im Rahmen der **Beschäftigungs- und Sozialpolitik** wichtig. Letztlich können jedoch nur die Mitgliedstaaten selbst, die notwendigen Reformen durchführen.

Anrede,

**Arbeitslosigkeit /
Jugendarbeitslosigkeit
bekämpfen**

auch die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** - insbesondere der hohen **Jugendarbeitslosigkeit** - ist eine große Herausforderung Europas.

Die jungen Menschen sind die **Hauptleidtragenden** der Krise. Die Jugendarbeitslosenquote der EU ist zwischen 2008 und 2013 drastisch gestiegen, und zwar von 15,8% auf 23,5%. Sie ist momentan fast 2-mal so hoch wie die Arbeitslosenquote insgesamt (21,7% Juli 2014 und 10,2% Juli 2014).

Die Arbeitslosenquote der jungen Menschen in **Spanien** war zuletzt (im Juli 2014 - Quelle Eurostat) **bei über 53 %**. In Bayern waren es **dagegen weniger als 4 %**. Dies zeigt auch, dass die **Schere zwischen den südlichen Mitgliedstaaten und dem Norden** immer weiter aufgeht.

Junge Menschen bilden Europas Potenzial für die Zukunft

Die jungen Menschen bilden Europas Potenzial für die Zukunft. Wir können und dürfen uns daher keine „verlorene Generation“ leisten. Diesen jungen Menschen ist aber nur mit konkreten Perspektiven geholfen.

Auch hier gilt: Wir müssen die **Potentiale unserer Gemeinschaft nutzen**, dürfen aber die nationalstaatliche Souveränität nicht aushöhlen:

Gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt nutzen

So ist der **gemeinsame europäische Arbeitsmarkt** eine große Chance: Daran müssen wir weiter arbeiten.

Die Kommission hat gute Vorschläge gerade zur besseren **grenzüberschreitenden Vermittlung** von Stellen gemacht - Stichwort: **EURES**.

Jugendgarantie

Auch die Entscheidung für die Einführung der sogenannten „**Jugendgarantie**“ war ein Schritt in die richtige Richtung. Nach der Jugendgarantie sollen alle Jugendlichen spätestens nach 4 Monaten Arbeitslosigkeit ein konkretes Angebot erhalten.

Die **Perspektiven für unsere jungen Menschen** entscheiden auch über die Zukunftsfähigkeit des europäischen Kontinents. Wichtig ist nun, dass die angedachten Hilfen möglichst **schnell und unbürokratisch** bei den Jugendlichen ankommen. Das ist Aufgabe der Länder: Dazu müssen alle EU-Länder **nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Jugendgarantie** erarbeiten.

Nein zu einer EU-Arbeitslosenversicherung

Die Europäische Union darf und muss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit **gemeinsame Ziele vorantreiben**. Wichtig ist aber, dass **nicht falsche Anreize gesetzt werden**:

Es darf nicht lieber **Geld aus Brüssel** genommen werden, **anstatt die Arbeitslosigkeit** durch notwendige Reformen auf nationaler Ebene wirksam zu **bekämpfen**. Genau das würde aber mit einer **EU-Arbeitslosenversicherung** passieren.

Gerade vor diesem Hintergrund sehe ich die Brüsseler Überlegungen zur **Einführung einer EU- Arbeitslosenversicherung sehr kritisch**. Wir dürfen die Länder nicht aus ihrer **Verantwortung** entlassen, indem wir die **Kosten für mangelnde Strukturreformen auf ganz Europa verteilen**. Im Übrigen ist die EU dafür schlechthin nicht zuständig – Punkt!

Anrede,

Keine weitere Übertragung
von Kompetenzen der
Sozialpolitik an die EU

die **Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten** für ihre **sozialen Sicherungssysteme** dürfen nicht ausgehöhlt werden. Ich bin daher der Meinung, dass abstrakte Debatten über eine Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union **nicht förderlich sind**. Auch weiterhin muss jeder Mitgliedstaat selbst **zuständig und verantwortlich** sein für die Unterstützung der Arbeitslosen oder sein Rentensystem.

Wir werden in diesem Bereich **keine weiteren Kompetenzen an Brüssel abgeben!**

Sie gehören zum Kernbereich der nationalstaatlichen Souveränität und sind in ihrer Vielfalt Ausdruck **historisch gewachsener Systeme**. Wir müssen vielmehr ihr **Potential miteinander verbinden**.

Guter Sozialschutz setzt funktionierende Strukturen voraus

Guter Sozialschutz ist nicht allein eine Frage des Geldes, sondern auch **funktionierender Strukturen**. Nur so werden wir das Europäische Sozialmodell nachhaltig stärken und den Unionsbürgerinnen und -bürgern deutlicher machen können, dass ihr Europa ein soziales ist.

Anrede,

Schluss

in einer sich immer schneller verändernden Welt geht es uns in **Deutschland und Bayern nur dann gut**, wenn es auch **Europa gut geht**. Wir müssen **für ein soziales Europa eintreten**. Über das Ziel dürften wir uns einig sein. Unterschiedliche Sichtweisen gibt es naturgemäß über den richtigen Weg.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine spannende Diskussion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herzlichen Dank!